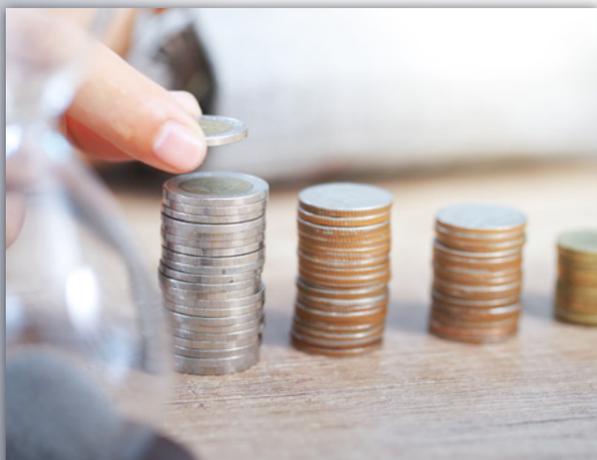


SO TICKT ÖSTERREICH 2020

Was Menschen und Unternehmen im Land wichtig ist
und was sie von der Zukunft erwarten.



Österreichische Post AG,
MZ 03Z034897 M
Vereinigung der österreichischen Industrie,
Schwarzenbergplatz 4, 1030 Wien



ECONOMICS CORNER

Warum das bedingungslose Grundeinkommen keine gute Idee ist

Seite 2



NACHHALTIG

Was die österreichische Industrie für den Klimaschutz leistet

Seite 4



WIEN

Weg zur Zukunftsmetropole Wien

Seite 10

Die Pensionsreform ist tot. Es lebe die Rente ab Geburt.



Das bedingungslose Grundeinkommen (BGE) war im November wegen eines Volksbegehrens wieder in aller Munde. Hier einige Argumente, warum diese Forderung keine Zukunft hat.

Hin und wieder verspricht die Politik Dinge, die sie nicht halten kann – und das Volk rumort. Man möchte fast meinen, je weiter Ankündigung und wahrgenommene Realität auseinanderklaffen, desto mehr verfallen die Menschen in kreative Lösungsansätze, die jeglicher Realität entbehren. Ein Beispiel dafür ist das bedingungslose Grundeinkommen (BGE). Ja, die Frustration ist groß, dass die ständig angekündigten Reformen unserer Sozialsysteme immer wieder auf die lange Bank geschoben werden. Aber muss man dann gleich nach völlig absurden Utopien greifen?

Mit dem BGE planen Vertreter verschiedener politischer Couleurs nicht weniger als einen neuen Gesellschaftsentwurf: Die „Linken“ wollen den Sozialstaat noch mehr ausbauen und den bisher schon weltweit zweithöchsten Sozialausgaben pro Kopf in Österreich ein zusätzliches Transfer-einkommen überstülpen. Die „Rechten“ wiederum wollen den Sozialstaat völlig abschaffen und mit dem BGE alle Sozialleistungen ersetzen.

Die Idee eines „Free-Lunches“ funktioniert nur, wenn es genügend Menschen gibt, die dieses Mittagessen auch zubereiten.

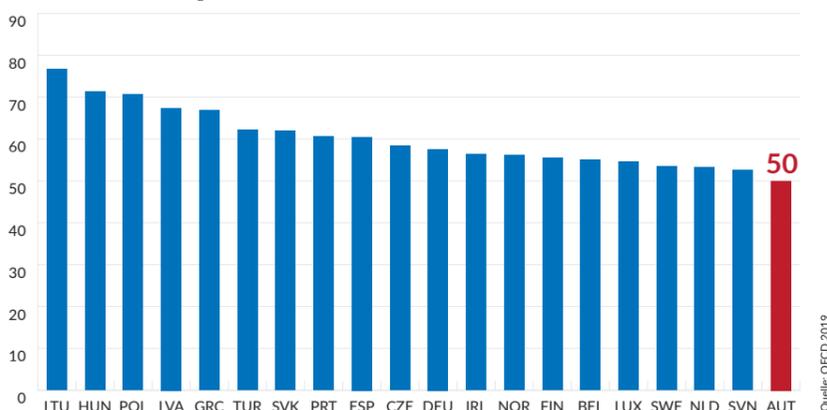
Staat muss richtige Anreize setzen

Abgesehen davon, dass extreme Formen einer neuen Gesellschaftsordnung in der Vergangenheit immer die Hölle und nicht den Himmel auf Erden gebracht haben, muss uns realpolitisch betrachtet eines klar sein: Den Sozialstaat reformieren bedeutet nicht, ihn noch weiter auszubauen oder ihn ganz abzuschaffen. Das wäre zu einfach. Wir brauchen einen Staat, der die Menschen vor den Lebensrisiken wie Altersarmut, Krankheit und Arbeitslosigkeit absichert. Und wir brauchen einen Staat, der die richtigen Anreize für Bildung, Arbeit und Gesundheit setzt. Bedingungslos kann vielleicht die elterliche Liebe zum Kind sein, aber sicher nicht die Zuwendung einer Solidargemeinschaft an seine Mitglieder.

Es ist unbestritten, dass wir eine umfassende Reform des Sozialstaats benötigen. Heute kommen auf einen Menschen im Pensionsalter 3,5 Erwerbsfähige. Im Jahr 2060 werden es nur mehr zwei sein (ohne Zuwanderung sogar nur mehr 1,5). Das ist eine enorme Herausforderung für unsere künftige Sozialpolitik (siehe Artikel auf Seite 5). Das BGE geht jedoch genau in die gegenteilige Richtung. Es löst nicht die Pensionsproblematik, sondern schafft im Gegenteil eine „Rente ab Geburt“.

Ausgaben eines europäischen Durchschnittshaushaltes für Grundbedürfnisse des täglichen Lebens 2016

(Nahrung, Wohnen, Bildung, Gesundheit) in Prozent der Gesamtausgaben 2016



Österreich hat die höchsten staatlichen pro-Kopf-Ausgaben für jene grundlegenden Lebensbereiche, die das bedingungslose Grundeinkommen eigentlich absichern sollte. Nur mehr knapp die Hälfte unserer Haushaltseinkommen müssen für die Grundbedürfnisse Ernährung, Bildung, Wohnen und Gesundheit ausgegeben werden.

„Schweigeprämie“

Es schafft weder Arbeitsanreize noch Anerkennung für individuelle Leistungen, sondern eher eine Art von „Schweigeprämie“ für jene Menschen, die glauben, nicht mehr am Arbeitsmarkt gebraucht zu werden. Das ist weder mit der Würde des Menschen vereinbar noch mit dem ehrlichen Versuch, für jeden Menschen einen passenden Platz am Arbeitsmarkt zu finden.

Der äußerst naive Denkansatz des BGE will scheinbar ein „doppeltes Jobwunder“ schaffen: Auf der einen Seite will es alle vermeintlich „sinnlosen“ sogenannten „Mac-Jobs“ verschwinden lassen. Auf der anderen Seite möchte es den Menschen Zeit und Geld zur Verfügung stellen, um sich aus freien Stücken „sinnvoll“ zu engagieren.

Drei kardinale Denkfehler des bedingungslosen Grundeinkommens

Diese Hoffnung unterliegt allerdings drei kardinalen Denkfehlern: Erstens bekommen wir alle in Österreich bereits ein bedingungsloses Grundeinkommen in Form von staatlichen Sachleistungen. Denn

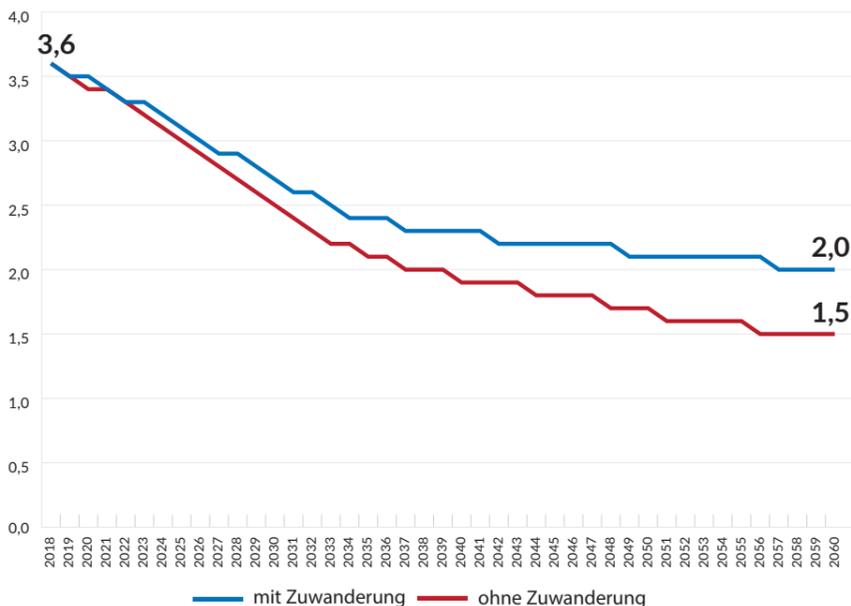
Österreich hat die höchsten staatlichen pro-Kopf-Ausgaben für jene grundlegenden Lebensbereiche, die das BGE eigentlich absichern sollte. Die Folge: Nur mehr knapp die Hälfte unserer Haushaltseinkommen müssen heute in Österreich für die Grundbedürfnisse Ernährung, Bildung, Wohnen und Gesundheit ausgegeben werden. Ein Großteil davon wird, direkt und indirekt über Sachleistungen vom Staat übernommen. Das ist eine wesentlich effizientere Form der Grundabsicherung als einfach das Geld an die Haushalte zu verteilen und darauf zu hoffen, dass es sinnvoll ausgegeben wird.

Zweitens funktioniert die Idee eines „Free-Lunches“ – wie es Ökonomen nennen – nur, wenn es genügend Menschen gibt, die dieses Mittagessen auch zubereiten. Es muss also weiterhin einen Anreiz geben, jene Eigenschaften auf den Arbeitsmarkt zu übertragen, die nicht unmittelbar von der „guten Laune“ des Menschen abhängen: Die Rede ist von Pünktlichkeit, Verlässlichkeit, Rücksichtnahme, Vorausschau oder davon, sich einfach einem größeren Ziel (sprich Hierarchie) unterzuordnen.

Die demografische Herausforderung

Wie viele Erwerbspersonen finanzieren einen Pensionisten heute vs. 2060?

Anteil der 15- bis 64-Jährigen gegenüber 65-Jährigen in Österreich



Heute kommen in Österreich auf einen Menschen im Pensionsalter rund 3,5 Erwerbsfähige. Im Jahr 2060 werden es nur mehr zwei sein – ohne Zuwanderung sogar nur mehr 1,5.

Der Anreiz für diese, für das Berufsleben unentbehrlichen nicht-kognitiven „Skills“, kann aber dauerhaft nur in Form von konkreten Gegenleistungen, sprich in Form von Geld, aufrechterhalten werden.

Sich der Utopie hinzugeben, dass der Mensch auch ohne angemessene Entlohnung in der modernen arbeitsteiligen Wirtschaft seinen Beitrag leistet, ist in etwa so naiv, als würde man die Notwendigkeit von schriftlichen Verträgen hinterfragen, weil man darauf setzt, dass Menschen immer ehrlich sind. Genauso wie die Schrift, ist eben auch das Geldwesen eine der größten zivilisatorischen Errungenschaften („Kulturtechniken“), die uns nicht verknechten, sondern unser weitverzweigtes Zusammenarbeiten überhaupt erst ermöglichen.

Den Sozialstaat reformieren bedeutet nicht, ihn noch weiter auszubauen oder ihn ganz abzuschaffen.

Und drittens lebt eine Gesellschaft nicht davon, dass die einzelnen Mitglieder ihren eigenen Bedürfnissen nachgehen, sondern dass sie sich in die Bedürfnisse der anderen hineinversetzen. Dieser Akt des Altruismus ist das Fundament unserer Marktwirtschaft und nicht die „Selbsterfüllung“. Beispiel: Wenn wir alle lieber Bilder malen wollen, als am Arbeitsmarkt unseren oft mühevollen Beitrag zu leisten, muss es auch genug Menschen geben, die all diese Bilder kaufen.

Besser zueinanderfinden

Wie man am Markt vorbeiproduziert, haben uns die verstaatlichte Industrie in Österreich oder die volkseigenen Betriebe im ehemaligen Ostblock drastisch gezeigt. Für sie alle waren nicht die konkreten Kundenwünsche ausschlaggebend für die Wertschöpfung, sondern immer die Ausrichtung auf eine „höhere gute Sache“. Lernen wir doch bitte aus 30 Jahren Mauerfall: Die Welt der Marktwirtschaft, des Wettbewerbes und der globalen Arbeitsteilung hat nicht dazu geführt, dass wir einander gegenseitig ausbeuten, sondern im Gegenteil, dass wir besser zueinanderfinden. Geld trennt nicht, sondern verbindet, weil es auf zwei Tugenden aufgebaut ist: auf Transparenz und auf Vertrauen.

KONTAKT

Clemens Wallner, Wirtschaftspolitischer Koordinator der IV: clemens.wallner@iv.at

TIPP

Weitere economics corner-Beiträge finden IV-Mitglieder in ihrer **IVTopApp**.

Zukunft entlasten

Die nächste Bundesregierung muss die richtigen Prioritäten setzen, denn zu einem wettbewerbsfähigen Standort gibt es keine Alternative.

Klimaschutz über alles: Die öffentliche Debatte hat in den vergangenen Wochen und Monaten den Eindruck erweckt, als gäbe es für unsere Zukunft überhaupt nur mehr ein Thema. So wichtig das Engagement für eine nachhaltige Entwicklung unbestritten ist, so klar ist auch: Wachstum, Arbeitsplätze, Wohlstand und soziale Stabilität sind unverzichtbar – und müssen entsprechend im Fokus von Politik und Gesellschaft stehen. Gerade angesichts der sich zunehmend eintrübenden Konjunktur ist es entscheidend, jetzt die richtigen Prioritäten zu setzen. In den Regierungsverhandlungen müssen sich alle dessen bewusst sein, dass nur ein attraktiver Wirtschaftsstandort Fundament für sichere, qualitativ hochwertige Arbeitsplätze, allgemeinen Wohlstand, Lebensqualität, Innovation und letztlich auch für erfolgreichen Klimaschutz ist. Nur eine starke, wettbewerbsfähige Industrie kann jene innovativen Technologien bereitstellen, die wir im Kampf gegen den Klimawandel brauchen.

Eine verantwortungsvolle Standortpolitik setzt daher in folgenden Handlungsfeldern an:

- Der Weg der Entlastung für Menschen und Unternehmen muss weitergegangen werden. Das erfordert eine spürbare Reduktion der Steuer- und Abgabenlast, eine nachhaltige Entlastung des Faktors Arbeit und die weitere Senkung der Lohnnebenkosten.
- Es müssen nächste Schritte bei der Entbürokratisierung folgen – etwa in Form eines modernen Arbeitsrechts, das den Gestaltungsspielraum auf betrieblicher Ebene stärkt.

- Der Forschungs- und Technologiestandort Österreich muss durch Investitionen in Bildung und Innovation an die Spitze gebracht werden. Bis 2030 müssen wir die Forschungsquote auf 4 Prozent des BIP steigern. Dies ist auch eine der tragenden Säulen einer innovativen Klimapolitik, die gemeinsam mit der Industrie zu gestalten ist.
- Der Standort Österreich braucht attraktive Finanzierungsmöglichkeiten in Form eines starken Kapitalmarkts. Notwendig dafür ist eine praxisnahe, effiziente und kostensparende Kapitalmarktregulierung.
- Faire Regeln im internationalen Wettbewerb – in Form gut gemachter Handelsabkommen – sind für unsere stark exportorientierte heimische Volkswirtschaft von größter Bedeutung.

Jede zukünftige Bundesregierung muss sich diesen Herausforderungen stellen und die richtigen Maßnahmen setzen. So entlasten wir unsere Zukunft in jeder Hinsicht – und genau darauf kommt es jetzt für Österreich an.

Ich wünsche Ihnen und Ihrer Familie frohe Weihnachten und alles Gute im neuen Jahr 2020!

Ihr



Christoph Neumayer,
IV-Generalsekretär



„Die Schulen wollen die Kinder vor dem Wirtschaftsleben schützen, statt sie zu befähigen, daran teilzunehmen.“

Andreas Treichl,
Generaldirektor Erste Group Bank AG



„Falls es Österreichs künftiger Regierung gelingt, Klimaschutz, Standortpolitik und soziale Verträglichkeit zu vereinen, hätte das eine Vorbildfunktion für viele Länder.“

Tobias Thomas,
Direktor EcoAustria



„Höchste Sozial- und gleichzeitig Umweltstandards – Wachstum und Klimaschutz: Das ist kein Gegensatz, das ist unsere Herausforderung.“

Günther Ofner,
Vorstandsdirektor der
Flughafen Wien AG

G
U
N
S
T
E
R
R
E
I
C
H

AKTUELLES IN KÜRZE

TWEET DES MONATS



AUF EINEN BLICK

Warum die Industrie der Schlüssel für eine klimaneutrale Zukunft ist, lesen Sie

auf Seite 4.

Auf Initiative der Industrie tritt 2020 eine Entlastung bei den Lohnnebenkosten in Kraft. Mehr dazu

auf Seite 5.

Welche Auswirkungen die Demografie auf die Staatsausgaben hat, zeigt der EcoAustria-„Schuldencheck“

auf Seite 5.

Einen Rückblick auf die erste Phase der Initiative „überMorgen“ – der gesellschaftspolitische Diskurs sehen Sie

auf Seite 8.

ZAHL DES MONATS

336

Kindergärten und Schulen wurden seit 2017 mit dem „MINT-Gütesiegel“ ausgezeichnet. Bildungsministerium, Industriellenvereinigung, Wissensfabrik und Pädagogische Hochschule Wien zeichnen damit Bildungseinrichtungen aus, die innovatives und begeisterndes Lernen im MINT-Bereich (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) fördern. 2020 wird das Gütesiegel zum vierten Mal verliehen, erstmals ist eine Rezertifizierung möglich. Kindergärten und Schulen sind bis 31. Jänner eingeladen, sich um das Label zu bewerben.



WEBTIPP
www.mintschule.at

Österreichs Industrie kann Klimaschutz

Mit Innovation und Technologie leisten Österreichs Unternehmen einen weltweit wirksamen Beitrag für Umwelt und Nachhaltigkeit. Das zeigt die aktuelle IV-Initiative „Friday to Friday for Future“.

Nicht allen ist bewusst, dass Österreichs Industriebetriebe in Sachen Innovation und Klimaschutz zu den Weltbesten zählen. Mit ihren Produkten sind sie am Weltmarkt sehr erfolgreich in den Bereichen Mobilität (effiziente Antriebstechnologien, Elektromobilität, Schienenfahrzeuge), Anlagenbau für erneuerbare Energieträger (insbesondere Wasserkraft und Windkraft), innovatives Bauen („Smart Buildings“, „Heizen und Kühlen mit Beton“, Holzbau) und Umwelttechnologie (Recycling, Abwasser- und Kreislaufwirtschaft). Kaum sonst wo werden CO₂-intensive Produkte, wie Zement, Stahl oder Papier, klimaschonender produziert als in Österreich.

Erfolgreiche Industrie und hohe Lebensqualität gehen Hand in Hand

Für die IV ist daher klar: Erfolgreiche Industrie und hohe Lebensqualität gehen mit gut gemachtem Klimaschutz Hand in Hand. Das zeigen heimische Betriebe seit Jahren eindrucksvoll. Mit der Initiative „Friday to Friday for Future“ machte die Industrie vor dem UN-Klimagipfel und während der Regierungsverhandlungen auf diese Leistungen aufmerksam. In Tages- und Wochenzeitungen sowie in den sozialen Medien verdeutlichte die Industrie, dass die Unternehmen Teil der Lösung beim Klimaschutz sind.

Allerdings müssen die Fakten im Blick bleiben: Die EU hat sich die weltweit strengsten Treibhausgas-Reduktionsziele verordnet und bekennt sich zum UN-Klimaabkommen von Paris. Die österreichischen Klima-Ziele zählen hier zu den ehrgeizigsten.



FRIDAY TO FRIDAY FOR FUTURE.

Österreichs Industrie arbeitet und forscht rund um die Uhr für den Klimaschutz. Unsere Technologien sind weltweit führend z. B. bei Anlagenbau für erneuerbare Energieträger, innovativem Bauen oder bei Mobilität. Klimaschutz ist eine globale Herausforderung. In Österreich entwickelte Umwelttechnologien sind Teil der Lösung.

Mit der Initiative „Friday to Friday for Future“ macht die Industrie deutlich, dass die österreichischen Unternehmen mit ihrer Innovationskraft Teil der Lösung beim Einsatz für den Klimaschutz sind.

Unterstützt wird das von breiten Teilen der Gesellschaft – und der Industrie. Außerdem erfasst der EU-Emissionshandel (ETS) bereits heute mehr als 80 Prozent der österreichischen Industrie-Emissionen. Die Industriebetriebe leisten damit einen überdurchschnittlich

hohen Beitrag, um das Treibhausgas-Reduktionsziel der Europäischen Union von 40 Prozent bis 2030 zu erreichen.

Fazit: Der Klimawandel muss bekämpft werden. Überzogene Klimaziele und höhere

Energiesteuern für Unternehmen führen aber in die Sackgasse, wenn sie Produktion in Regionen vertreiben, wo Umweltschutz nicht so ernst genommen wird. Für eine klimaneutrale Energiezukunft sind Innovation und Technologie der Schlüssel.

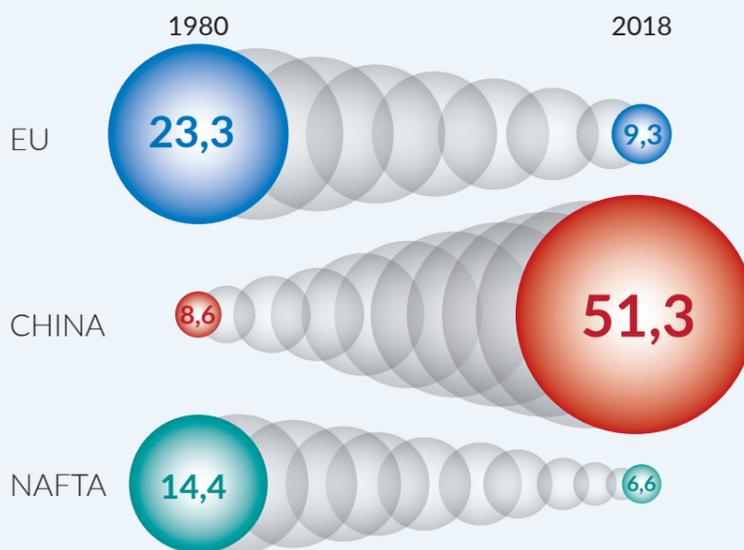
KLIMASCHUTZ 4.0

Richtig und smart umgesetzte Digitalisierung im produzierenden Bereich ist ein Schlüsselfaktor zur Steigerung der Energieeffizienz und Reduktion der Treibhausgasemissionen. So lautete eine Erkenntnis bei einem Workshop im November im Haus der Industrie. Dabei beschäftigten sich mehr als 60 Teilnehmer aus Industrie, Hochschulen und Medien mit den Chancen und Auswirkungen durch die „Digitalisierung in der Industrie“. Eingeladen hatte der Klima- und Energiefonds in Kooperation mit der IV.



Anteile an weltweiter Rohstahlerzeugung

Angaben in Prozent



Quelle: worldsteel/IV-FP&R/Wipol/Oliver 2019

IV-FAKTEN

Die Umsetzung der europäischen Klimapolitik muss zu einem wirtschaftlichen und sozialen Erfolg Europas werden, der international wahrgenommen wird und rund um den Globus zum Nachahmen einlädt. Denn wirksame Klimapolitik muss auch – oder gerade – außerhalb Europas stattfinden. Die Grafik veranschaulicht warum: 1990 produzierten die Länder der heutigen EU-28 rund ein Viertel des weltweiten Rohstahls, Chinas Anteil belief sich auf 8 Prozent. 30 Jahre später ist der Anteil der EU-28 auf unter 10 Prozent gesunken. Mehr als die Hälfte des Rohstahls wird heute in China erzeugt.

IMPRESSUM

Herausgeber, Medieninhaber und Redaktion: Vereinigung der Österreichischen Industrie (Industriellenvereinigung), Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien, Tel.: 01/711 35-2308, E-Mail: positionen@iv.at, Homepage: www.iv.at, ZVR: 806801248, LIVR-N.: 00160, EU-Transparenzregister Nr.: 89093924456-06, Vereinszweck gemäß § 2 Statuten: Die Industriellenvereinigung (IV) bezweckt, in Österreich tätige industrielle und im Zusammenhang mit der Industrie stehende Unternehmen sowie deren Eigentümer und Führungskräfte in freier und demokratischer Form zusammenzufassen; ihre Interessen besonders in beruflicher, betrieblicher und wirtschaftlicher Hinsicht auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene zu vertreten und wahrzunehmen, industrielle Entwicklungen zu fördern, Rahmenbedingungen für Bestand und Entscheidungsfreiheit des Unternehmertums zu sichern und Verständnis für Fragen der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu verbreiten.

Chefredaktion: Susanne Stissen, Robert Albrecht, Stefan Tilsner, Lektorat: Brigitte Mayr, Heidi Abentung, Verantwortlich für den Inhalt: Mathias Burtscher, Joachim Haindl-Grutsch, Johannes Höhrhan, Eugen Stark, Claudia Mischensky, Gernot Pagger, Ingrid Puschautz-Meidl, Michaela Roither, Irene Schulte. Für den Inhalt der letzten drei Seiten zeichnet die jeweilige Landesgruppe verantwortlich. Grafik: Petra Matovic, Nina Mayrberger.

Druck: BULU - Buchdruckerei Lustenau GmbH, 6890 Lustenau. Erscheinungsort: Wien. Offenlegung nach § 25 des Mediengesetzes: iv-positionen erscheint 10x jährlich in einer Auflage von 8.300, Unternehmensgegenstand: Information zu industrie- und gesellschaftspolitischen Themen für Mitglieder der Industriellenvereinigung und Meinungsträger in Österreich. Siehe auch unter www.iv.at

Fotos (Cover bzw. Coverstory): gettyimages, Maximilian Rosenberger, IV-Burgenland, IV-Kärnten, IV-Niederösterreich/NLK Reinberger, IV-Öberösterreich/Eric Krügl, IV-Salzburg, IV-Steiermark/CoSA, IV-Tirol/gettyimages, IV-Vorarlberg/webtourismus.at, IV-Wien/Jürg Christandl

Aus Gründen der leichteren Lesbarkeit wird auf geschlechtsspezifische Endungen verzichtet. Die verwendeten Bezeichnungen beziehen sich auf alle Geschlechter gleichermaßen.





Die tatsächlichen Staatsausgaben im „Schuldencheck“

Bei einem internationalen Ökonomen-Treffen im Haus der Industrie stand die Nachhaltigkeit des Sozialstaats auf dem Prüfstand. In Österreich droht bis 2060 ein Kostenanstieg um 12 Mrd. Euro pro Jahr.

Wie sozial ist Österreich? Geht es nach der öffentlichen Diskussion, ist der heimische Sozialstaat zu knausrig. Tatsächlich fließen hierzulande rund 30 Prozent der gesamten Wirtschaftsleistung in Sozialausgaben. Ein Top-Wert unter den EU-28, nur vier EU-Staaten liegen vor Österreich.

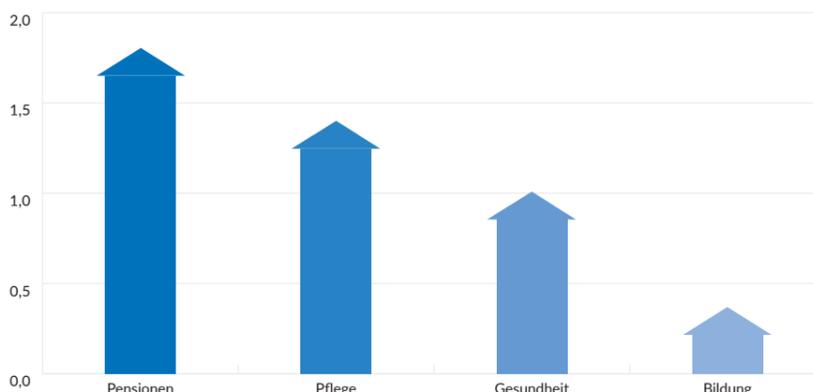
Beim Dreiländertreffen des Instituts der deutschen Wirtschaft, Avenir Suisse und der Industriellenvereinigung in Wien diskutierten führende deutschsprachige Ökonomen unter anderem über die finanzielle Nachhaltigkeit der Staatsausgaben. Gemeinsamer Tenor: Gängige Fiskalindikatoren wie Defizit- und Schuldenstandquote blenden die langfristigen Folgekosten des demografischen Wandels aus. Es braucht eine realistische Darstellung der langfristigen generationenübergreifenden Folgekosten.

Reformbarometer zeigt klaren Handlungsauftrag für Politik

Eine Lösung hat das Wirtschaftsforschungsinstitut EcoAustria entwickelt: Der „Schuldencheck“ teilt alle öffentlichen Ausgaben

Ausgabensteigerungen in Österreich bis 2060

in % des BIP



Quelle: EcoAustria

Wesentliche Bereiche der öffentlichen Haushalte sind nicht nachhaltig ausgerichtet. Demografische Entwicklungen wie die steigende Lebenserwartung und niedrige Geburtenraten führen zu erheblichen Belastungen der öffentlichen Haushalte in den Bereichen Pensionen, Gesundheit und Pflege.

und Einnahmen nach Alter und Geschlecht zu und projiziert diese in die Zukunft. Dabei berücksichtigen die Forscher zukünftige Trends sowie bereits beschlossene Reformmaßnahmen. „Der ‚Schuldencheck‘ ist ein ideales fiskalpolitisches Reformbarometer. Er zeigt an,

ob die öffentlichen Haushalte bei einem ‚No-Policy-Change‘-Szenario tatsächlich nachhaltig aufgestellt sind und welche Maßnahmen die Politik treffen kann, um die ‚Nachhaltigkeitslücke‘ dauerhaft zu schließen“, erklärt EcoAustria-Direktor Tobias Thomas.

Für Österreichs Politik zeigen die aktuellen Ergebnisse einen klaren Handlungsauftrag: So prognostiziert der „Schuldencheck“ einen Anstieg der Staatsausgaben für Gesundheit in Österreich bis 2060 um 1,4 Prozent des BIP, Ausgaben für Pflege um 1 Prozent und Ausgaben für Pensionen trotz aktuell dritthöchstem Wert weltweit um weitere 1,8 Prozent des BIP. Ohne Reformmaßnahmen würde die Staatsausgabenquote von derzeit rund 47,3 Prozent des BIP auf 50,2 Prozent des BIP im Jahr 2060 ansteigen. Die Staatsausgaben müssten also mittelfristig um 12 Mrd. Euro pro Jahr gesenkt werden, um langfristig ausgeglichen und nachhaltig zu bilanzieren.

WEBTIPP

„Quo Vadis Österreich, Deutschland und Schweiz? Ein Vergleich der Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen in Deutschland, Österreich und der Schweiz.“ Das Gemeinschaftspapier des Dreiländertreffens 2019 erhalten Sie unter positionen@iv.at.

2020 bringt leichte Entlastung

Mit der Senkung des IESG-Beitrags hat sich die Industrie für die nächste Entlastungs-Etappe bei den Lohnnebenkosten erfolgreich eingesetzt.

Die Gehälter der Österreicher steigen 2019 voraussichtlich um durchschnittlich 2,8 Prozent und damit um 0,9 Prozentpunkte über der prognostizierten Inflationsrate. Das hat das internationale Beratungsunternehmen Mercer verlautbart. Die Vergangenheit zeigt, dass davon aber vor allem der Staat profitieren wird. Grund dafür ist die zu hohe Belastung des Faktors Arbeit.

170 Mio. Euro Entlastung

Laut Eurostat liegen etwa die Lohnnebenkosten hierzulande um mehr als 4 Prozentpunkte höher als in Deutschland. Seit einigen Jahren fordert die Industrie daher eine Anpassung an internationales Niveau. Ende November wurde – vor allem auf Initiative der IV – eine weitere Etappe genommen: 2020 wird der Beitrag zum Insolvenz-Entgelt-Fonds-Beitrag (IESG) um 0,15 Prozent gesenkt. Das entspricht einer Entlastung der Wirtschaft um 170 Mio. Euro pro Jahr. Von einem Geschenk an die Wirtschaft kann keine Rede sein: Grund für die Senkung ist schließlich die positive Gebarungsentwicklung des Fonds in den vergangenen Jahren. Die Entlastung war also rechtlich geboten.

Ein Blick auf die vergangenen 5 Jahre zeigt, dass sich der Einsatz der Industrie für Unternehmen und Beschäftigte gelohnt hat: Seit 2014 konnte der Unfallversicherungsbeitrag von 1,4 auf 1,2 Prozent und der Beitrag zum Familienlastenausgleichsfonds von 4,5 auf 3,9 Prozent gesenkt werden. Einschließlich der aktuellen IESG-Reduktion schrumpft dieser seit 2014 von 0,55 auf 0,20 Prozent. Das waren die ersten Beitrags-Senkungen seit den 1990er-Jahren. Im Gegensatz dazu kritisiert die Industrie die für 2020 angekündigte Anhebung des Nachtschwerarbeitsbeitrages (dieser war in den Jahren zuvor bereits gesenkt worden) als falsches Signal in konjunkturell schwierigen Zeiten. Für die Industrie ist klar: Um die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und die Beschäftigung in Österreich zu stärken, braucht es positive Beschäftigungsanreize, insbesondere durch eine Entlastung bei den Lohnnebenkosten.

TIPP

Informationen zum Thema "Faktor Arbeit entlasten" bzw. Lohnnebenkosten finden IV-Mitglieder in ihrer **IVTopApp**.

IV-AKTUELLES



Wie die EU die lebenswerteste Region der Welt bleiben kann

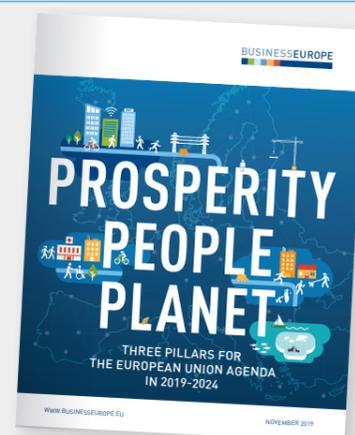
Am 1. Dezember ist die neue Europäische Kommission in ihre Funktionsperiode gestartet. Passend dazu präsentierte der europäische Arbeitgeber- und Industrieverband BusinessEurope im November mit „Prosperity, People, Planet. Three Pillars for the European Union Agenda in 2019 – 2024“ seine Empfehlungen für die neue Funktionsperiode von Europäischem Parlament und Kommission. Bei einem Austausch zwischen EU-Abgeordneten und Industrievertretern im Europäischen Parlament wurde über die Zukunft der Union diskutiert.

Was ist notwendig, damit die EU weiterhin der lebenswerteste Ort auf der Welt bleibt? Als Motor für Wachstum und Beschäftigung spielen Unternehmen hier eine

entscheidende Rolle. Die Privatwirtschaft sichert vier von fünf Jobs in der EU. Damit hängt es vor allem von ihrem Erfolg und ihrer Wettbewerbsfähigkeit ab, ob Umwelt- oder Sozialziele erreicht werden können. In den Kapiteln „Wohlstand“, „Menschen“ und „Planet“ zeigt BusinessEurope, welche 30 konkreten europäischen Hebel auf Zukunft gestellt werden müssen – unter anderem von der Stärkung des EU-Binnenmarkts und einer proaktiven Industriestrategie über die Modernisierung der europäischen Konvergenzinstrumente und die Erhöhung der Arbeitskräftemobilität in der EU bis hin zu einer erfolgreichen Energie- und Klimapolitik.



IV-GS Christoph Neumayer mit dem Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments, Othmar Karas, und BusinessEurope-Direktor Markus Beyrer beim Austausch zwischen EU-Abgeordneten und Industrievertretern im EU-Parlament



WEBTIPP

Das aktuelle BusinessEurope-Paper finden Sie unter: www.iv.at/iv-positionen/Dezember19

Wie Österreich 2020 tickt

Der neue ZukunftsMonitor im Auftrag der Industriellenvereinigung zeigt, wie sich unsere Gesellschaft entwickelt. Das unterstützt Unternehmen bei der Planung der Zukunft – und die Politik bei der Gestaltung der Rahmenbedingungen für Wirtschaft und Gesellschaft.

Was bringt die Zukunft wirklich? Diese Frage beschäftigt jedes Unternehmen. Damit die Mitgliedsbetriebe der Industriellenvereinigung möglichst umfassende Befunde zur gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung nutzen können, hat die Industriellenvereinigung in Kooperation mit dem Institut für Soziologie der Universität Wien und dem IFES-Institut erstmals den ZukunftsMonitor umgesetzt. Dieses neue sozialwissenschaftliche Instrument soll von nun an jährlich umfassende Befunde zum „Mindset“ der österreichischen Gesellschaft liefern.

Wahr ist, was man wahrnimmt

„Verantwortung für Land und Menschen in unserem Land zu übernehmen, gehört zur Mission der Industriellenvereinigung. Der ZukunftsMonitor soll Nutzen für eine erfolgreiche Zukunft von Unternehmen und Gesellschaft stiften“, erläutert IV-Präsident Georg Kapsch. Als Industrie interessiert man sich schließlich nicht nur für die harten Faktoren, etwa die Steuer- oder Schuldenquote: „Uns müssen auch die genauen Beweggründe für das Wohlbefinden der Menschen interessieren. Denn wahr ist immer auch, was man wahrnimmt.“ Dazu präsentiert der erste für Österreich erhobene ZukunftsMonitor ein aussagekräftiges Bild.

Werte & Wohlbefinden: Wichtigste Werte für die Österreicher sind ein respektvoller Umgang miteinander (für 94% äußerst oder

„Es ist erfreulich, dass die Unternehmen für die Menschen eine hohe Bedeutung haben. Wenn wir im Land etwas bewegen wollen, geht es auch um die grundsätzliche Einstellung der Menschen.“

Georg Kapsch
IV-Präsident

sehr wichtig), persönliche Freiheit (93%), Gleichberechtigung von Frauen (82%) sowie Eigenverantwortung und Chancengerechtigkeit bzw. Fairness. Die Befragten empfinden die heimische Gesellschaft allerdings mehrheitlich als ungerecht (60%): Soziale Unterschiede sind laut Studie zu groß (60%), die Chancengleichheit ist nicht ausreichend (55%). „Chancengleichheit hat eher damit zu tun, dass Bildung sehr stark vererbt ist. Das bestätigen auch zahlreiche Studien. Und das spüren die Menschen

auch – daher das Gefühl, dass es ungerecht zugeht“, erklärt IFES-Geschäftsführer Rainhard Raml. Persönliches und soziales Wohlbefinden in Österreich ist hingegen hoch. Nur zehn Prozent sind unzufrieden, drei Viertel sind zufrieden.

Unternehmen & Arbeitswelt: Das Vertrauen der Menschen in Unternehmen (48%) ist so hoch wie nie. Nur die Polizei (56%) erfreut sich höherer Vertrauenswerte. Auch die generelle Zufriedenheit mit dem Berufsleben präsentiert sich sehr gut. Die Österreicher bewerten auch die Wochenarbeitszeit bzw. Möglichkeiten zur Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben als sehr gut (61 bzw. 62% zufrieden bis sehr zufrieden). Je älter die Befragten sind, desto zufriedener sind sie. „Die Modernisierung der Arbeitszeitregelungen war ein wichtiger und richtiger Schritt, der sich positiv ausgewirkt hat“, bilanziert IV-Generalsekretär Christoph Neumayer. Weitere Schritte hin zu einem modernen, unbürokratischeren und zeitgemäßen Arbeitsrecht müssten daher folgen.

Markt & Freihandel: Ein angesichts der öffentlichen Debatte spannendes Ergebnis der Studie ist, dass Globalisierung kein Schreckgespenst in Österreich ist – im Gegenteil. Die Menschen sind sich der großen persönlichen Vorteile sehr bewusst: Produkte sind besser und billiger geworden. 61 Prozent geben an, dass persönliche Konsummöglichkeiten größer sind. Zudem wird internationaler Handel von 54 Prozent als große Chance für heimische Unternehmen gesehen. Neumayer: „Daher sollte die Politik für faire Bedingungen für alle Marktteilnehmer Sorge tragen – durch gut gemachte, faire Freihandelsabkommen. Gerade für Österreich, das seinen Wohlstand überwiegend mit Exporten erwirtschaftet, wäre das wichtig.“

Innovation & Digitalisierung: Die Innovationsbereitschaft ist in Österreich deutlich ausgeprägt. Der ZukunftsMonitor dokumentiert: Es herrscht keine Angst vor der Digitalisierung. Eine deutliche Mehrheit (71%) macht sich keine Sorgen, am Arbeitsplatz von Maschinen ersetzt zu werden. Die positiven Erwartungen an die Digitalisierung – etwa mehr Effizienz und Zeitersparnis – überwiegen deutlich. Österreichs Unternehmen werden als Träger und Treiber von Innovation, Forschung und Entwicklung wahrgenommen. Fast zwei Drittel der Menschen

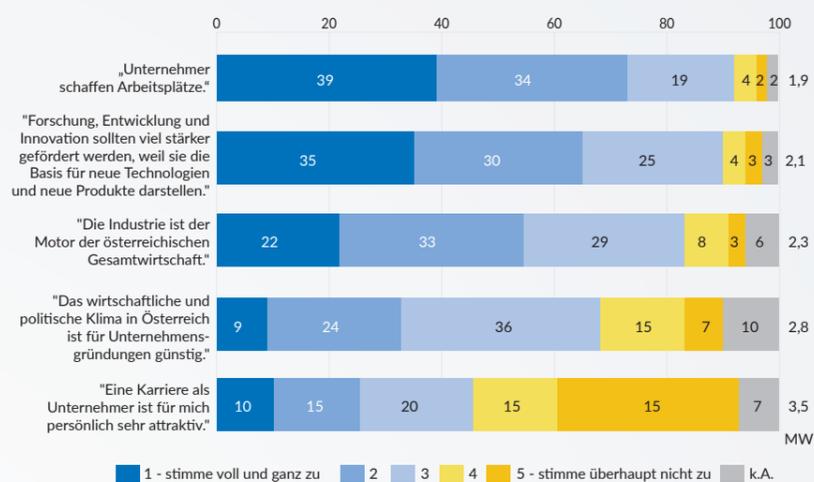
ZUKUNFTSMONITOR: ZENTRALE ERGEBNISSE AUF EINEN BLICK

- Das Vertrauen in Unternehmen ist hoch wie nie.
- Die Zufriedenheit mit dem Berufsleben, der Wochenarbeitszeit sowie der Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben ist hoch.
- Jungen Menschen ist Eigenverantwortung weniger wert als Selbstverwirklichung.
- Leistungsbereitschaft ist für Ältere wichtiger als für Jüngere.
- Globalisierung und Digitalisierung sind keine Schreckgespenster.
- Wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen für Unternehmen werden eher negativ bewertet.
- Das Empfinden von Ungerechtigkeit und von Chancengleichheit ist weit verbreitet.





Wie die Österreicher die Wirtschaft sehen



Die Industrie hat in der Bevölkerung einen starken Rückhalt. Gleichzeitig herrscht aber die Einschätzung vor, dass die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen im Land fordernd sind.

finden, dass Forschung und Entwicklung stärker gefördert werden müssen. „Ziel der neuen Bundesregierung muss es daher sein, den Forschungs- und Technologiestandort Österreich durch Bildung und Innovation vom ‚Innovation Follower‘ wieder in die europäische Spitzengruppe der ‚Innovation Leader‘ zu bringen. Ein wichtiger Schritt dabei ist die Finanzierung und Planbarkeit von Forschungsinvestitionen“, resümiert IV-Generalsekretär Neumayer.

Wirtschaft & Entlastung: Unternehmen und Industrie genießen laut Zukunfts-Monitor in der Bevölkerung einen starken Rückhalt. Gleichzeitig herrscht aber die Einschätzung vor, dass die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen im Land fordernd sind: Nur rund ein Drittel geht von einem günstigen Klima für unternehmerische Tätigkeit aus. Und nur jeder Vierte würde selbst ein Unternehmen gründen wollen. Die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen sind daher gezielt zu verbessern.

IV-Generalsekretär Neumayer: „Ein wichtiger Hebel ist die Entlastung von Menschen und Unternehmen bei Steuern und Abgaben. Die ersten Schritte wurden bereits gesetzt. Die neue Bundesregierung muss diesen Weg weitergehen und für Entlastung u.a. bei der KöSt und den Lohnnebenkosten sorgen.“

Unternehmen geben Sicherheit

„Um den gesellschaftlichen Zusammenhalt steht es grundsätzlich sehr gut. Es gibt Säulen, die zur Stabilität beitragen. Etwa das unmittelbare Umfeld, also Familien oder Freunde, das funktioniert. Eine klare Säule der Gesellschaft sind aber vor allem auch die Unternehmen und ihr wirtschaftlicher Erfolg. Das eigene Unternehmen gibt den Menschen eine solide Basis und Sicherheit“, bilanziert IFES-Expertin Raml die ZukunftsMonitor-Ergebnisse. Im internationalen Kontext sei Österreich gut aufgestellt. Für IV-Präsident Kapsch bestätigen die Studienergebnisse, dass „wir Unternehmen gemeinsam mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unseren Beitrag leisten“.

Bildung, Bildung, Bildung

IV-Präsident Kapsch sieht auf Basis der Studienergebnisse einmal mehr Handlungsbedarf im Bildungssystem: „Der Bildungsbereich ist der Schlüssel, mit dem wir die Chancengerechtigkeit erhöhen können. Hier liegen die Konzepte seit Jahren auf dem Tisch. Erstens muss die Elementarbildung unbedingt gestärkt werden. Was wir in ersten Jahren nicht zugrunde legen, kommt nicht mehr. Zweitens brauchen wir deutlich mehr Qualität in der Grundbildung von 4- bis 14-Jährigen und einen entsprechenden aussagekräftigen Abschluss. Die einzige Möglichkeit, die wir haben, heißt Bildung, Bildung und noch einmal Bildung.“ Für ihn interessant ist zudem die unterschiedliche Sichtweise der Menschen auf gesamtwirtschaftlicher und auf unternehmensspezifischer Ebene: „Wenn es um das eigene Unternehmen geht, ist der Grundtenor der Menschen sehr positiv. Sie sind zufrieden mit eigenem Unternehmen und Arbeitsplatz. Kaum heben sie aber das Ganze auf die abstrakte Ebene der Gesamtwirtschaft, dann bekommt Wirtschaft auf einmal eine negative Konnotation.“

Ambivalenter Blick in die Zukunft

Was erwarten die Österreicher von der Zukunft? Mit Blick auf die eigene wirtschaftliche Situation oder die Innovationskraft der heimischen Wirtschaft haben die Menschen überwiegend positive Zukunftserwartungen. Durchaus positiv wird auch die Entwicklung des gesellschaftlichen Zusammenhalts eingeschätzt. Hingegen wird die Gesamtentwicklung Österreichs leicht negativ bewertet. Kritisch wird hier vor allem die zukünftige Entwicklung der Politik gesehen. Auffällig ist der Zusammenhang zwischen Bildung und Einstellung: Menschen mit Matura oder Hochschulabschluss sind wesentlich optimistischer als die Befragten mit maximal Pflichtschulabschluss.

Präsident Kapsch bilanziert die bisherigen Ergebnisse der Studie: „Es ist erfreulich, dass die Unternehmen für die Menschen eine hohe Bedeutung haben. Aber wenn wir im Land etwas bewegen wollen, dann geht es auch um die grundsätzliche Einstellung der Menschen.“

WAS IST DER ZUKUNFTSMONITOR?

Als neues sozialwissenschaftliches Instrument erhebt der ZukunftsMonitor umfassende Daten zum Zustand der Gesellschaft und deren Zukunftserwartungen. Der ZukunftsMonitor wurde von der Industriellenvereinigung in Kooperation mit dem Institut für empirische Sozialforschung (IFES) und der Universität Wien (Institut für Soziologie) durchgeführt. Er basiert auf 1.200 Mixed-Mode-Interviews (Mix aus Online-Fragebögen und Telefoninterviews, um alle Bevölkerungsgruppen zu erreichen) und bezieht sich auf die Themenbereiche gesellschaftlicher Zusammenhalt, Lebensqualität, Politik, globale Entwicklung und Innovationsfreudigkeit.

INFORMATION

Alle Ergebnisse und weitere Informationen zum ZukunftsMonitor finden Sie auf www.zukunftsmonitor.at



Zukunftsprojekt überMorgen: Wohin die Gesellschaft will



Mit dem 12. Format ist die erste Phase des gesellschaftspolitischen Diskurses erfolgreich zu Ende gegangen. Nun geht es um die Entwicklung eines attraktiven Zukunftsbildes.

Welche Gesellschaft wollen wir sein? Unter diesem Motto diskutierten zahlreiche Teilnehmer zum Abschluss des gesellschaftspolitischen Diskurses im Herbst in Linz und Tulln. Dabei ging es um die Zukunft von Wahrheit zwischen Fakten und „Fake News“ bzw. darum, welches Maß an Vielfalt unsere Gesellschaft überhaupt aushalten muss.

Sachlichkeit braucht Geschichten

Wahrheit habe in Zeiten, in denen „Fake News“ ein Zentralbegriff des öffentlichen Diskurses geworden ist, einen schweren Stand, so die Analyse. Neben Transparenz spiele Medienkompetenz eine wesentliche Rolle für eine stärker faktenbasierte Information. Um sachlichen Argumenten Gehör zu verschaffen, brauche es Geschichten, die an die Lebensrealitäten anschließend können. Denn Fakten leiden darunter, dass sie oft langweilig sind. Was wir in Zukunft wissen müssen, könne man heute nicht mit Sicherheit sagen, in der Bildung müsse daher auf Kompetenzen gesetzt werden, mit dem Gelernten in verschiedenen Kontexten umgehen zu können.

Veränderung und Vielfalt als Chance

Ein weiterer Befund lautete, dass Österreichs Gesellschaft Zuwanderung brauche, um der Überalterung entgegenzuwirken und das Sozialsystem zu erhalten. Integration sei alternativlos und es sei ein Faktum, dass diverse Gesellschaften erfolgreicher sind. Dennoch würden die Bruchlinien einer Gesellschaft gerade am Thema Migration sichtbar, während andere Dimensionen weniger Beachtung fänden. Einigkeit herrschte in der Vorstellung einer idealen Gesellschaft: Diese sei resilient, erkenne die Realitäten von Veränderungen und Vielfalt an und empfinde diese als Chance. Sie brauche jedoch dringend eine gemeinsame Wertebasis.

Ende November fand die Diskursphase von „überMorgen“ mit einer Veranstaltung in Kooperation mit der ERSTE Stiftung zum Thema Wohlstand einen erfolgreichen Abschluss. Notwendige Elemente seien etwa Chancengerechtigkeit, vor allem durch Zugang zu Bildung, wie der stellvertretende JI-Bundesvorsitzende Nikolaus Griller betonte. Weiters müsse eine faire weltweite Handelspolitik Protektionismus und sektorale Subventionen ablösen. Wohlstand brauche

vor allem gute Institutionen und Policies, die eine inklusive Weiterentwicklung vorantreiben. Ein generelles Ablehnen des BIP als Indikator sei naiv. Insgesamt müssten wir uns als Gesellschaft darauf besinnen, dass wir unsere Zukunft gestalten und sie uns nicht passiert – dafür seien neue Utopien und attraktive Zukunftsbilder notwendig.

Erfolgreiche Bilanz und Ausblick

Acht Diskursveranstaltungen zu 12 Zukunftsthemen in fünf Bundesländern. 46 Impulsgeber und 36 Podiumsgäste, mehr als 1.700 Teilnehmer zwischen 14 und 80 Jahren. Die Zahlen von „überMorgen“ können sich sehen lassen. Die Themen, das Format und die Möglichkeit, in geschützten Räumen sehr grundsätzliche Zukunftsthemen kontrovers zu diskutieren, stießen auf großen Zuspruch. Nachdem das Ziel, Diskussionen über die Zukunft anzustoßen und Diskurskompetenz an sich zu stärken, erreicht wurde, geht es nun um die Entwicklung eines attraktiven Zukunftsbildes.

Erste Erkenntnisse aus den Diskursen unterstreichen die Bedeutung dieses Vorhabens: Es fällt der Gesellschaft nicht leicht, über

eine gesellschaftspolitische Zukunft nachzudenken. Sie hat eine Routine darin entwickelt, besorgt zu sein und zu kritisieren. Dabei werden Fortschritte, die bereits gemacht wurden, zu wenig zur Kenntnis genommen und als selbstverständlich erachtet: etwa gestiegene Lebenserwartung, mehr Freiheit oder neue Teilhabemöglichkeiten.

Ohne positive Zukunftsbilder fehlen der Glaube an das Mögliche und die Bereitschaft, aktiv Innovationen für die Zukunft zu verfolgen. Eine attraktive Erzählung bietet die Vorstellung einer gestaltbaren Zukunft – für deren Entwicklung wir uns engagieren können und bei der wir auf bereits Erreichtes setzen können. Das gesellschaftspolitische Zukunftsbild wird im Frühjahr 2020 präsentiert.

WEBTIPP

„überMorgen“ ist eine Initiative der Industriellenvereinigung gemeinsam mit dem Roten Kreuz und der ERSTE Stiftung. Alle Informationen über Themen, Diskurse und Meinungen des gesellschaftspolitischen Diskurses „überMorgen“ finden Sie unter: www.uebermorgen.at

Der gesellschaftspolitische Diskurs überMorgen in Zahlen:

82

Impulsgeber
und Podiumsgäste



8

Veranstaltungsorte



12

Themen



1.705

Teilnehmer



5

Bundesländer



10 JAHRE PÄDAGOGINNEBILDUNG NEU IN ÖSTERREICH

Anlässlich einer Veranstaltung im November ließ die Industriellenvereinigung eine bewegte bildungspolitische Zeitspanne Revue passieren: von der Vorbereitungsgruppe im Jahr 2009 bis hin zu den ersten Absolventen im diesjährigen Herbst. Dabei wurde der Status quo analysiert. Gleichzeitig warfen die Teilnehmer einen Ausblick darauf, wie sich die Ausbildung der Pädagogen weiterentwickeln könnte.

Gekommen waren zahlreiche Wegbereiter und Wegbegleiter aus Verwaltung, Politik, Wissenschaft und Praxis – darunter auch die ehemals mit dem Thema befassten Minister a.D. Beatrix Karl, Karl-Heinz Töchterle, Reinhold Mitterlehner und Sonja Hammerschmid. Vorgestellt wurde auch die Festschrift „PädagogInnenbildung“ anlässlich des Geburtstages des Vorsitzenden des Qualitätssicherungsrats für die Pädagogenbildung Andreas Schnider.



Studieren am Puls der Zeit

Die JI-OÖ hat Vorschläge erarbeitet, um das Universitätssystem hinsichtlich Effizienz, Qualität und Kapazitäten weiterzuentwickeln.

In der heimischen Universitätspolitik würden zwar „gerade einige Verbesserungsmaßnahmen sichtbar“, dennoch bestünde weiter „Potenzial nach oben“, wie Maximilian Priglinger, Vorsitzender der JI-Oberösterreich, betonte. Die JI wolle aber keinesfalls nur „fordern“, sondern auch selber „fördern“, so der Vorsitzende. Bei der „MINToring“-Kampagne laden JI-Mitglieder angehende Studierende in ihr Unternehmen

zu einem persönlichen Coaching ein. Denn gerade eine bessere Beratung bei der Studienwahl wäre dringend geboten – hat Österreich doch im internationalen Vergleich die niedrigsten Abschlussquoten innerhalb der Toleranzstudiendauer.

Aus Sicht der Industrie kommt der Bereitschaft, eine höhere MINT-Ausbildung zu wählen, große Bedeutung zu. Der Anteil

der MINT-Graduierten ist im OECD-Vergleich zwar relativ hoch. Er stagniert jedoch seit geraumer Zeit, weil nicht alle Potenziale genutzt werden. Insbesondere liegt der Anteil von Frauen unter den Absolventen in MINT-Fächern mit nur 25 Prozent weit unter dem Niveau fast aller anderen OECD-Staaten. Die JI-OÖ schlägt ein Sonderstipendium von bis zu 3.000 Euro pro Studienjahr vor, diskutiert werden sollte zudem ein Frauenbonus.

Weitere Vorschläge umfassen unter anderem die Bildung von Elitenetzwerken und Elitestudiengängen, eine bessere Zusammenarbeit von Leitbetrieben und Universitäten, eine stärkere Orientierung der Universitätenfinanzierung an Wettbewerbskriterien und den Erfordernissen des Arbeitsmarktes. In am Arbeitsmarkt wenig nachgefragten Studienrichtungen seien zudem Beschränkungen beim Studienzugang zu diskutieren.

INFORMATION

Alle Infos unter www.jungeindustrie.at
Die Initiative „MINToring“ startet am 15. Jänner 2020. Infos unter: <https://coaches.mint-ist-zukunft.at>.



Klimawandel als Chance

Eine türkis-grüne Regierung böte die Chance, zwei nur auf den ersten Blick widersprüchliche Themen zu versöhnen: Standort- und Umweltpolitik.

Es wird großer Anstrengungen bedürfen, um Intensität und Auswirkungen des Klimawandels möglichst einzudämmen. Die bisherigen Maßnahmen, die auf eine reine Reduktion der CO₂-Emissionen abzielen, sind aber nicht zielführend. Europas globaler Anteil an den Treibhausgas-Emissionen tendiert bereits unter zehn Prozent. Der Klimawandel ist eine globale Herausforderung.

Wir sollten uns unserer Stärken besinnen: Schon heute sind unsere Unternehmen in vielen Branchen ganz vorne mit dabei, nicht nur als Exportkaiser oder „Hidden Champions“ in bestimmten Nischen, sondern auch was Energieeffizienz und Umweltbewusstsein angeht. Wir sollten den Klimawandel als Chance für uns als Standort verstehen. Damit eröffnet sich die Möglichkeit, dem Klimawandel wirksam entgegenzutreten, gleichzeitig in Österreich und Europa Arbeitsplätze, Wertschöpfung und Innovation zu generieren.

Anstatt in das Ziel der isolierten Reduktion von Treibhausgas-Emissionen im Inland sollten wir in die Entwicklung, Kostendegression und weltweite Vermarktung kosteneffizienter CO₂-freier Alternativen zu bestehenden klimaschädlichen Technologien investieren.

Als Bereitsteller neuer „green tech“-Produkte, -Lösungen und -Dienstleistungen könnten wir diese nicht nur auf dem freien Markt weltweit exportieren. Auch im Zuge der Entwicklungszusammenarbeit könnte Österreich in den Bereichen saubere Energie und Produktion helfen. Aufstrebende Entwicklungsländer von vornherein bei der Nutzung sauberer Energie und Produktion zu unterstützen, birgt weit mehr Einsparungspotenzial im Emissionsbereich, als im Inland zu heben wäre.

Jeder so investierte Euro brächte mehr Rendite – sowohl für das Weltklima als auch für Österreich – als das Verfolgen oftmals willkürlich festgesetzter Reduktionsziele. Der dabei erzielte Ertrag kann zudem für nationale Maßnahmen herangezogen werden. Es wird ohnehin in vielen Unternehmen an Innovationen im Bereich „green tech“ gearbeitet. Eine neue Bundesregierung könnte und sollte diese Entwicklungen gezielt fördern. Österreich als das grüne Industrieland Europas – es gibt schlechtere Visionen.

Herzlichst Euer

Andi Wimmer,
Bundesvorsitzender der Jungen Industrie



V.l.n.r.: Meinhard Lukas (Rektor JKU Linz), Christina Miesbauer (ÖH-Vorsitz), Dietmar Maier (Moderator, LT1), Günther Hendorfer (Akademischer Leiter FH OÖ) und Maximilian Priglinger (Vorsitzender JI-OÖ) diskutierten die Vorschläge der JI-OÖ.

DIE VERKANNTEN BILDUNGSREFORM

Im November war Kärntens Bildungsdirektor Robert Klinglmair Gesprächspartner von JI- und WdF-Kärnten. Er bedauerte, dass die Inhalte der Bildungsreform so verkürzt in der Öffentlichkeit angekommen seien. Denn man verknüpfe mit der Reform fast ausschließlich die Schaffung der neuen (Misch-)Behörde Bildungsdirektion. Dabei berge das Reformpaket viel positive Zündkraft in sich: sinnhaft zu nutzende Schulautonomie, unvoreingenommene Personalauswahl in Direktionen und im Lehrkörper, Schulcluster-Bildung, stärkere Kooperation zwischen Wirtschaft und Schulen, neue Lehrpläne und den Megatrend Digitalisierung.



Science Industry Talk 2019: „Capturing Serendipity“

Im November fand der traditionelle „Science Industry Talk“ am IST Austria statt. Dabei diskutierten der Präsident der Industriellenvereinigung, Georg Kapsch, Bildungsministerin Iris Rauskala und Claus Raidl, Vorsitzender des IST-Kuratoriums, sowie Forscher und Unternehmensvertreter

über „glückliche“ Zufälle (Serendipity) in der Forschung und erfolgreichen Technologietransfer. Dabei wurde die essenzielle Rolle exzellenter Wissenschaft und Kreativität sowie die Notwendigkeit einer offenen Haltung betont, um vielversprechende Technologien zu erkennen und einzufangen.



IV-INFOS

Auszeichnung für Jungunternehmer

Beim 30. Jungunternehmer-Wettbewerb des Wirtschaftsmagazins „Gewinn“ hat die IV auch in diesem Jahr die Spezialkategorie „Export“ vergeben. Bei der Preisverleihung im November gratulierte IV-Generalsekretär Christoph Neumayer dem Kategorie-Sieger „Single Use Support“ aus Kufstein.



Herzlichst Euer

Andi Wimmer,
Bundesvorsitzender der Jungen Industrie



Der Weg zur Zukunftsmetropole Wien

Bürgermeister Michael Ludwig und der neue IV-Wien-Präsident Christian C. Pochtler waren sich anlässlich der Vollversammlung der IV-Wien am 18. November einig, dass Wien eine „smartere City“ in Bildung, Infrastruktur und Vernetzung sein muss.

Gemeinsames Ziel sei die Stärkung des Wirtschafts- und Industriestandorts, damit Wien zu einer Zukunftsmetropole werden kann. Dafür sei insbesondere der Ausbau der infrastrukturellen Rahmenbedingungen notwendig, um beim digitalen Wandel von Wirtschaft und Gesellschaft vorne mit dabei zu sein. Besonders Städte, so Ludwig und Pochtler einhellig, stünden weltweit vor großen Herausforderungen, die innovative Antworten verlangen.

„Wir müssen weiterkämpfen, um Treffpunkt der besten Köpfe und Talente zu werden und diese weiter zu fördern, speziell in den digitalen und technischen Kompetenzen“, so IV-Wien-Präsident Pochtler zu einem der Bereiche, in denen es Aufholbedarf gebe. Außerdem werde er einen Beitrag leisten, um die besten Voraussetzungen im Infrastruktursektor zu schaffen. „Gerade der flächendeckende Breitbandausbau muss zügig vorangetrieben werden, sowohl leitungsgebunden als auch via 5G-Netztechnologie. Nur auf dieser Basis können Zukunftstechnologien wie das Internet of Things, die autonome Mobilität oder die Telemedizin erfolgreich entwickelt und umgesetzt werden“, so Pochtler weiter.

Bürgermeister Michael Ludwig schilderte, dass in Wien dafür bereits wichtige Schritte unternommen werden: „Unsere langfristigen Strategien unter dem Dach der ‚Smart City 2050‘ zeichnen Wien im internationalen Wettbewerb klar aus. Die neue ‚Wiener Wirtschafts- und Innovationsstrategie 2030‘ ist ein klares Bekenntnis, wie wir den Herausforderungen in einer globalisierten Wirtschaft und fortschreitenden Digitalisierung begegnen möchten: In Wien steht der Mensch im Mittelpunkt. Die enge Zusammenarbeit und Abstimmung zwischen Stadt, Wirtschaft und Sozialpartnern sowie gezielte Investitionen in Zukunftsthemen sind unser Schlüssel zum Erfolg.“

Industriestandort Wien stärken

Ganz nach der Devise „Kollaboration statt Konfrontation“ freut sich IV-Wien-Präsident Pochtler auf die Zusammenarbeit mit der Stadt. „Mit dem Standortabkommen setzen die Stadt Wien und die IV-Wien das Ziel fort, Wien als Industriestandort zu stärken. Wir hatten mit Wolfgang Hesoun einen starken, verlässlichen Partner und freuen uns auf die gute Zusammenarbeit mit dem neuen Präsidenten Christian Pochtler“, so Bürgermeister Michael Ludwig abschließend.



IV-Wien-Präsident Christian C. Pochtler



IV-Wien-Präsident Christian C. Pochtler (r.) im Gespräch mit Bundesministerin Brigitte Zarfl, Bürgermeister Michael Ludwig (2.v.l.) und IV-Generalsekretär Christoph Neumayer (l.)



Innovationsluft nach oben

Nach der ersten Ordentlichen Vollversammlung im Amt ist es ein guter Zeitpunkt, über Rolle und Zukunftsaufgaben der IV-Wien zu reflektieren.

Weltweit waren und sind Städte Motoren für Zivilisation und Fortschritt und wichtige Labore der Zukunft. Wien macht diesem Anspruch alle Ehre! Mehr denn je brauchen wir aber für die Zukunft Diversität, Konnektivität und Offenheit gegenüber Menschen und Technologien. Denn sichtbar wird gleichsam, dass Städte vor großen Herausforderungen stehen, von denen Wien ebenso wenig verschont bleibt. Sie wachsen massiv und verdichten sich zunehmend. Außerdem wird der Kampf um die Ökologisierung der Gesellschaft dort an vorderster Front geschlagen. Zur Lösung dieser Herausforderungen braucht es die Industrie – den menschlichen Erfindergeist, Forschung, Technologie und Innovation.

Wir müssen daher verstärkt daran arbeiten, die besten Talente nach Wien zu holen und weiter auszubilden, speziell in den digitalen und technischen Kompetenzen. Basisfertigkeiten in diesen Bereichen müssen viel früher geschult werden; so auch Kreativität und Teamfähigkeit. Nirgendwo sonst steht die Aus- und Weiterbildung der Mitarbeiter so im Vordergrund wie in der Industrie! Ebenso müssen unsere Bemühungen um Ansiedlungen von Unternehmen weitergehen, damit wir den letztjährigen Erfolg von 221 Betriebsansiedlungen fortsetzen.

Wichtige Wettbewerbsfaktoren dabei sind die Lebensqualität sowie ein Zusammenspiel im Angebot von Wohnen, Arbeiten und Freizeit. Das und ein nachhaltiges Wirtschaften – sei es in ökonomischer, sozialer oder ökologischer Hinsicht – werden durch die Digitalisierung ermöglicht. Dafür braucht es modernste digitale Infrastruktur. Wir dürfen daher nicht müde werden zu betonen, wie wichtig der flächendeckende Breitbandausbau ist. Nur auf dieser Basis können Zukunftstechnologien erfolgreich entwickelt und umgesetzt werden. Somit sehen wir uns als Gestalter einer zukunftsweisenden, neuen industriellen Gesellschaft. Mit unseren Ideen und Konzepten, aber vor allem mit unseren Taten wollen wir der Motor für die Neugestaltung eines nachhaltigen Wirtschaftssystems sein, damit wir mit Innovationen die Probleme unserer Zeit lösen!

Ihr

Christian C. Pochtler
Präsident der IV-Wien



Bürgermeister Michael Ludwig



V.l.n.r.: Bürgermeister Michael Ludwig, IV-Wien-Präsident Christian C. Pochtler, Siemens-Chef Wolfgang Hesoun



V.l.n.r.: Thomas Szekeres (Ärztchamber für Wien), Peter Hanke (Wirtschafts- und Finanzstadtrat), Walter Ruck (WK Wien), Alexander Biach (Hauptverband der SV-Träger), Johannes Höhrhan (IV-Wien)

Wien soll Metropole der Gesundheitswirtschaft werden

Gemeinsam mit Wirtschaftskammer Wien, Stadt Wien, Ärztekammer Wien und Hauptverband der Sozialversicherungsträger legt die IV-Wien Pläne zur Stärkung der Wiener Gesundheitswirtschaft vor.

Die Initiative „Round Table Innovative Gesundheitswirtschaft“, die Anfang 2019 ins Leben gerufen wurde, geht in die nächste Runde. Bei einer Pressekonferenz im November erneuerten die Initiatoren ihr Bekenntnis zu Wien als Standort für die Gesundheitswirtschaft und skizzierten erste gemeinsame Pläne. Die Gesundheitswirtschaft ist in Wien schon heute

gut aufgestellt. Rund 500 Unternehmen generieren hier mit 23.000 Beschäftigten einen Umsatz von zwölf Milliarden Euro pro Jahr. In den letzten fünf Jahren wurden mehr als 110 Start-ups gegründet.

Auf dem Weg zum Spitzenstandort

Die Gesundheitswirtschaft ist zugleich einer der sechs Bereiche, auf die Wien im Rahmen der neuen Wirtschafts- und Inno-

vationsstrategie „Wien 2030 – Wirtschaft & Innovation“ fokussieren will. Vor diesem Hintergrund wollen die fünf Institutionen die gemeinsamen Aktivitäten, mit denen Wien Weltgesundheitsstandort werden soll, in den nächsten Monaten intensivieren. Durch konkrete Maßnahmen soll gezeigt werden, wie wichtige Institutionen Impulse setzen können, um Wien zum Spitzenstandort der Gesundheitswirtschaft zu machen.

Dazu zählt etwa eine eigene „Health Innovation Challenge“ oder High-Level-Expertenrunden. Entscheidend für den Erfolg dieser Initiative wird sein, dass alle wichtigen Player an einem Tisch sitzen. Denn das erklärte Ziel der Partnerinstitutionen ist es, Wien – sowohl bei den Gesundheitsunternehmen als auch bei der Patientenversorgung – zu einer Metropole von Weltrang zu machen.

Junge Industrie zu Gast bei Boehringer Ingelheim

Am 20. November besuchten Mitglieder der JI-Wien und JI-NÖ/Bgld das Regional Center Vienna des deutschen Pharmaunternehmens Boehringer Ingelheim in Wien-Meidling.

IV-Wien-Vizepräsident und Boehringer-Ingelheim-Generaldirektor Philipp von Lattorff nahm sich persönlich Zeit, um den JI-Mitgliedern das Unternehmen vorzustellen und sie durch das Areal zu führen, wo Boehringer aktuell über 700 Millionen Euro in Forschungs- und Produktionsanlagen investiert. Von Wien aus wird die gesamte klinische Forschung der Region gesteuert, das Regional Center Vienna ist zudem Zentrum für Krebsforschung sowie Standort für biopharmazeutische Forschung, Entwicklung und Produktion im Konzern. Die aktuellen Baumaßnahmen sind die größte Einzelinvestition in der Unternehmensgeschichte und die größte private Investition in Wien seit Errichtung des General-Motors-Werks in Aspern im Jahr 1979. Von Lattorff ist neben seiner Tätigkeit als Vizepräsident der IV-Wien auch Vorsitzender des IV-Ausschusses für Forschung, Technologie und Innovation.



JI-Mitglieder mit CEO und IV-Wien-Vizepräsidenten Philipp von Lattorff